Newsletter Dezember 2019

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

zweieinhalb Jahre sind seit der letzten Landtagswahl vergangen: Halbzeit im Landtag. Zeit für uns, eine Bilanz über die Arbeit der Landesregierung zu ziehen. Und die fällt sehr bescheiden aus. Keine Landesregierung hatte so gute Startbedingungen und keine hat so wenig daraus gemacht. Die Energiewende wird verschlafen, die Chancen einer echten Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) werden vertan und bei der Bekämpfung der Wohnungsnot versagt die Landesregierung.
Hinzu kommen die vielen gebrochenen Versprechen, mit denen gerade die CDU und Armin Laschet 2017 in den Wahlkampf gezogen sind:
Der Lehrermangel wird nicht kleiner, sondern größer.

- Bis 2024 wird es nicht mehr, sondern weniger Polizist*innen geben.
- Die Staus werden nicht kürzer, sondern länger.
- Und die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie fällt.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen einen Neustart. Einen Neustart des sozialen Fortschritts, mit dem in Schulen und Kitas, in bezahlbare Wohnung und in eine echte Verkehrswende investiert wird. Wir brauchen eine Politik, die den Vielen nutzt und nicht nur einigen Wenigen. Doch hierfür fehlen der Landesregierung die Ideen. Was die Landesregierung alles nicht auf die Reihe bekommt und wie wir uns eine Politik des sozialen Fortschritts für die Vielen vorstellen, das haben wir in unserer Halbzeitbilanz und in unserem Antrag „Für die Vielen, nicht die Wenigen! Sozialer Fortschritt für Nordrhein-Westfalen“ zusammengefasst, die beide in meinem Wahlkreisbüro angefordert werden können.
Ich wünsche Ihnen und Euch besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start in das Jahr 2020.

Ihre/Eure

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

NRW sozial digital – Digitaler Wandel muss zu einem sozialen Fortschritt werden

Der digitale Wandel wird unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen verändern. Ein solcher gesellschaftlicher Prozess muss politisch gesteuert werden, damit alle Menschen von der Digitalisierung profitieren und es keine Digitalisierungsverlierer*innen gibt. Die digitale Teilhabe ist also ein zentrales sozialpolitisches Ziel der Zukunft.

Im Rahmen einer Themenwoche haben wir darauf hingewiesen. Die Digitalisierung muss sozial gerecht gestaltet werden. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ergibt dort Sinn, wo diese zu sozialem Fortschritt führt. Die Digitalisierung muss also den Menschen nützen und ihr Leben konkret erleichtern, nicht umgekehrt. Jede*r muss an ihr teilhaben können, die digitalen Kompetenzen in der Gesellschaft müssen gestärkt werden.

Digitalisierung muss ein zentrales Element in unserem Bildungswesen werden. Der Digital-Pakt des Bundes, aus dem NRW eine Milliarde Euro erhält, bietet hervorragende Rahmenbedingungen. Leider kommt die Landesregierung nicht voran, um die Mittel sinnvoll zu nutzen.

Wir fordern deshalb eine Strategie zur digitalen Bildung, die eigene Investitionen und Ideen des Landes umfasst und die langfristigen Aufgaben endlich in den Blick nimmt. Diese muss beinhalten:

- den schnellen, flächendeckenden Glasfaser-Ausbau
- Qualifizierung der Lehrer*innen
- Aufbau und Förderung kommunaler Schul-IT-Betriebe
- Einführung von Informatikunterricht an allen Schulformen.

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Arbeitswelt und wie müssen wir diesen Herausforderungen begegnen? Das untersuchen wir seit 2018 in der Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt“, die wir auf SPD-Initiative im Landtag eingesetzt haben. Die Ergebnisse werden im kommenden Jahr erwartet und wir werden Druck auf die Landesregierung ausüben, den Empfehlungen der Kommission auch in Gesetzesinitiativen nachzukommen.

Für uns ist bereits heute klar: Angesichts neuer Formen der Arbeit und des Betriebs, welche Orts- und Zeitgebundenheit verschwimmen lassen, bedarf es einer Absicherung und einer Stärkung der Teilhabechancen der Beschäftigten. Dafür sind ein gesetzlicher und tariflicher Rahmen für variable Arbeitszeitmodelle, das Recht auf Nichterreichbarkeit sowie Regelungen für das mobile Arbeiten notwendig. Der Gesundheits- und Arbeitsschutz für die Beschäftigten muss auf die

neuen Gegebenheiten wirksam angepasst werden. Die Gewerkschaften und die Beschäftigten sind bei diesen Prozessen unverzichtbare Partner und daher zwingend einzubinden.

Eine Chance kann die Digitalisierung für die Pflege sein. Der richtige Einsatz von digitaler Technik kann zu einer Arbeitsentlastung für Pflegerinnen und Pflegern und damit zu einer höheren Qualität der Pflege führen, z.B. bei der Pflegedokumentation oder Assistenzsystemen. Sie darf aber nicht zu einer Entmenschlichung führen

Im Landtag forderten wir deshalb die Landesregierung auf, Sorge dafür zu tragen, dass Digitalisierung in der Pflege fester Bestandteil in der Pflegeausbildung wird, sowie die digitale Vernetzung aller im Pflegesystem tätigen Akteure zu fördern. Für telepflegerische Netzwerke müssen neue Zentren gebildet werden. Wir brauchen eine umfassende Digitalisierung der Datenerfassung in der Pflege, insbesondere der elektronischen Patientenakte. Dass dies für die Mitarbeiter*innen eine Entlastung und Vereinfachung ist, konnte ich im Sommer hautnah im Knappschaftskrankenhaus Lütgendortmund erleben, in dem eine solche Technologie zum Einsatz kommt. Eines muss dabei aber auch klar sein: Der Datenschutz und ein Schutz vor Überwachung der Pflegekräfte sind dabei ebenso sicherzustellen wie die Beachtung der Privatsphäre der Pflegebedürftigen.

Mehr Frauen in die Parlamente – Parität jetzt!

Im November haben wir mit den Grünen nach monatelangen Beratungen mit Staatsrechts- und Gleichstellungsexpert*innen unseren Entwurf für ein Paritätsgesetz in den Landtag eingebracht. Wir wollen, dass zukünftig bei Landtagswahlen die Wahllisten der Parteien im Wechsel mit Frauen und Männern besetzt werden müssen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das wäre ein erster Schritt zu einem ausgeglicheneren Verhältnis von Frauen und Männern im Parlament. Klar, es gibt verfassungsrechtliche Bedenken. Es steht die Frage, welcher Verfassungsgrundsatz stärker wiegt: jener der Parteien- und Wahlfreiheit oder jener des Gleichstellungsgebots. Das konnten uns sogar die Sachverständigen nicht einheitlich beantworten. Da gab es sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen. Am Ende wird das ein Verfassungsgericht entscheiden müssen. Aber darf diese rechtliche Ungewissheit ein Grund sein, sich nicht für ein Paritätsgesetz einzusetzen?

Ich persönlich denke, dass das Gleichstellungsgebot überwiegt, denn leider müssen wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts feststellen, dass Frauen bei Weitem nicht gleichberechtigt am politischen Geschehen teilhaben. Der Frauenanteil ist in den letzten Jahren sogar wieder zurückgegangen. Im Grundgesetz steht, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Die Argumente der Kritiker*innen überzeugen mich nicht. Sowohl Männer als auch Frauen haben weiterhin das Recht für eine Wahl zu kandidieren. Nur eben nicht auf jedem, sondern nur noch auf jedem zweiten Platz. Das Paritätsgesetz schützt die Männer genauso wie Frauen davor, nur eine Minderheit im Parlament zu stellen.

Wer behauptet, dass bei einer paritätischen Besetzung einer Liste nicht mehr die Fähigsten aufgestellt werden, der behauptet im Umkehrschluss auch, dass Frauen weniger fähige Politiker*innen seien als Männer. Das ist diskriminierend.

Schließlich ist es auch nicht nachvollziehbar, dass angeblich Frauen für eine Kandidatur fehlen. Dass sie kein Interesse an einem politischen Mandat hätten. In meinen Augen ist dieses Argument Teil einer konservativen Erzählung, die dazu beiträgt, dass Frauen sich schlecht fühlen, wenn sie einfordern, was ihnen zusteht. Es gibt Frauen, die sich engagieren wollen und die dazu benötigten Fähigkeiten mitbringen. Man muss sich aber auch um diese Frauen bemühen. In der gegenwärtigen politischen Kultur vieler Parteien wird das aber nicht gelebt. Und daher ist die Parität notwendig, um den Wandel dieser Strukturen zu fördern.

Ich freue mich, dass die Unterstützung für das Paritätsgesetz groß ist. Der DGB, viele Frauenverbände wie der Deutsche Juristinnenbund oder der Frauenrat und natürlich unsere AsF haben ihre Unterstützung angeboten. Auf einer Tagung zum Thema „Geschlecht, Politik, Partizipation. NRW auf dem Weg zur Parität“ an der Ruhr-Universität Bochum, bei der ich im Podium saß, ernteten unsere Pläne viel Zustimmung. Unterstützung bekamen wir dort auch von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth.

Besonders gefreut hat mich, als mir Vertreter*innen der AG der Dortmunder Frauenverbände im Dezember einen Beschluss ihrer Mitgliederversammlung überreicht haben, der die Einführung von Paritätsgesetzen in Bund, Land und Kommune einfordert. Sie haben mich gebeten, diesen an die Fraktionen in Bundes- und Landtag weiterzugeben. Dem komme ich natürlich gerne nach.

KiBiz bleibt Mumpitz

Der Landtag hat eine Fortschreibung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschlossen. Anders als in den Jahren davor wäre eine grundlegende Reform möglich gewesen, denn die Bereitschaft bei allen Akteuren zu einem wirklichen Wandel und auch das Geld dafür waren da. Es bleibt jedoch alles beim Alten. Es bleibt bei den Kindpauschalen und bei den Personalstandards, die Armin Laschet als Familienminister eingeführt hatte und die jetzt fortgeschrieben werden. Das KiBiz ist weiter nicht auskömmlich, es liefert keine Planungssicherheit und die Qualität stagniert bestenfalls. Das gefährdet vor allem viele kleine Träger von Kitas.

Leider ignoriert Familienminister Joachim Stamp sowohl den Protest von mehr als 10.000 Erzieher*innen, die in Düsseldorf demonstrierten, mehr als 80.000 Protest-Unterschriften, die eingereicht wurden, und vielen Expert*innen, die in der Anhörung im Landtag auf die Gefahren hinwiesen. Er verweigerte sogar die Annahme der Protest-Unterschriften.

Wir fordern weiter die Abschaffung der Kita-Gebühren. Die finanziellen Ressourcen dafür sind vorhanden. Und auch der Bund steuert mit dem Gute-Kita-Gesetz Geld bei, das für die Verbesserung der Qualität, flexiblere und längere Öffnungszeiten oder die Beitragsfreiheit genutzt werden könnte.

Statt der Kopfpauschalen fordern wir eine feste Sockelfinanzierung für jede Kita. Bei besonderen Herausforderungen, z.B. bei Kitas in armen Stadtteilen oder dort, wo es viele Kinder ohne Deutschkenntnisse gibt, sollen die Kitas weitere Zuschüsse erhalten.

Außerdem fordern wir einen deutlich verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel und mehr Unterstützung bei der Ausbildung von Erzieher*innen. Am Ende muss das Kindeswohl im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen.

Straßenausbaubeiträge gefährden Existenzen

Das Thema Straßenausbaubeiträge hat nun auch meinen Wahlkreis erreicht. Sie sollen an der Provinzialstraße in Lütgendortmund erhoben werden. Mit dem SPD-Ortsverein Lütgendortmund habe ich daher Flugblätter an der Provinzialstraße verteilt, um über unsere Position zu dem Thema zu informieren.

Denn auch in der Provinzialstraße können die Gebühren Hausbesitzer*innen vor wirtschaftliche Probleme stellen. Denn mehrere Zehntausend Euro hat nicht jeder auf der hohen Kante. Schnell geht dafür die Altersvorsorge drauf.

Daher brauchen wir weiterhin eine Abschaffung der Straßenausbaugebühren. Das haben jedoch CDU und FDP im Landtag verhindert. Ihr beschlossener Alternativvorschlag ist eine Farce. Mit einem Förderprogramm sollen die Mehrkosten für die Kommunen, die ihren Bürger*innen einen Teil der Gebühren erlassen, ausgeglichen werden. Ob die Straßenausbaugebühren beispielsweise anstatt 50.000 nur noch 30.000 Euro betragen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Existenz gefährdet ist. Es beseitigt auch nicht das Problem, dass jede Kommune die Anlieger*innen unterschiedlich hoch zur Kasse bittet – je nachdem ob sich eine Kommune das leisten kann. Die Kommunen müssen sich auch nicht am Förderprogramm beteiligen, dies geschieht auf freiwilliger Basis. Auf den zusätzlichen Kosten für das Mehr an Bürokratie, z.B. dem Arbeitsaufwand für Abrechnung und Antragstellung, bleiben die Kommunen sitzen.
Daher standen wir bis zum Ende an der Seite der von über 437.000 Menschen in NRW unterzeichneten Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

#SchweigenBrechen – SPD-Fraktion beteiligte sich an Kampagne des Hilfetelefons Gewalt gegen Frauen

Rund jede dritte Frau in Deutschland erlebt in ihrem Leben Gewalt. Jeder von uns kennt Frauen, die Opfer wurden. Auch wenn uns das nicht oft bewusst ist, denn es bleibt ein Tabuthema – gerade auch dann, wenn der Täter der eigene Ehemann ist. Wir wollen daher ein Zeichen setzen und allen Betroffenen sagen: Ihr seid in Eurer Not nicht allein! Wir stehen solidarisch hinter Euch! Es gibt Anlaufstellen, die Euch helfen!

Gleichstellungspolitik der Landesregierung ohne eigene Ideen

In den Beratungen zum Haushalt 2020 haben wir uns für eine weitere Stärkung von Frauen stark gemacht. Wir hätten gerne die Mittel für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erhöht. Dafür hatten wir weitere 8,5 Millionen Euro eingefordert, um zusätzliche Frauenhausplätze zu

schaffen und die Anonyme Spurensicherung für Frauen, die Opfer eines Sexualverbrechens wurden, flächendeckend auszuweiten. Eine weitere Millionen Euro hätten wir gerne in die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit von Frauen investiert. Leider haben die Regierungsfraktionen beide Änderungsanträge abgelehnt. Verwundert hatte uns zudem, dass die Mittel für den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen nicht erhöht wurden. Die Landesregierung wurde nämlich in diesem Jahr vom Landtag beauftragt, stärker über die Themen Loverboys und Genitalbeschneidung zu informieren. Wenig verwunderlich war aber, dass der Gleichstellungshaushalt erneut keine eigene Linie von CDU und FDP erkennen lässt. Bewährtes wird (glücklicherweise) fortgesetzt. Hier und da werden ein paar neue Frauenhausplätze geschaffen und Pauschalen angepasst. Aber leider gibt es keine eigenen Ideen, wie die Gleichstellung in NRW vorangetrieben werden kann.

Guter Ganztag darf keine Glückssache sein

Die Offene Ganztagsschule (OGS) ist ein wichtiger Teil unserer Schullandschaft geworden. Sie soll die Bildungschancen verbessern, individuelle Förderung und Entfaltung ermöglichen und den Eltern ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Doch oft klappt ein gelungener Ganztag nicht. Wir haben deshalb im September im Landtag der OGS eine Themenwoche gewidmet, in der wir mit mehreren parlamentarischen Initiativen die Arbeit der OGS verbessern wollten.

Wir wollen, dass die OGS in einem Gesetz geregelt wird. In jeder Schule sollen die gleichen Standards gelten. Um allen Kindern – auch denjenigen, bei denen die Eltern nur ein kleines Einkommen haben – die Teilnahme an der OGS zu ermöglichen, müssen die Elternbeiträge abgeschafft und ein Rechtsanspruch für die OGS eingeführt werden. Die Beschäftigten in der OGS müssen sichere Arbeitsverträge erhalten, auch während der Sommerferien.

Ungleiches ungleich behandeln – Einführung eines schulscharfen Sozialindexes: Jede Schule steht vor ganz eigenen Herausforderungen. Gerade in Stadtteilen mit hoher Armutsquote wird das sichtbar. Hier brauchen Schüler*innen oft mehr Zeit, Betreuung und Förderung, um Defizite abzubauen und um verborgene Talente zu entdecken. Daher wollen wir einen schulscharfen Sozialindex einführen, der ermittelt, welche Schulen aufgrund der sozialen Herkunft ihrer Schüler*innen mehr Ressourcen benötigen und diesen Schulen mit schwierigen

Rahmenbedingungen diese Ressourcen zur Verfügung stellen. Bildung gelingt nur, wenn wir Ungleiches ungleich behandeln. Aufstieg über Bildung muss wieder möglich sein, Bildungsarmut verhindert werden!
Gesunde Ernährung: Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass alle Kinder jeden Tag eine warme Mahlzeit bekommen. Für uns ist gesunde Ernährung aber ein Kinderrecht. Wir brauchen daher einheitliche Qualitätsstandards für die Verpflegung in NRW. Und wir wollen, dass alle Kinder eine kostenlose, warme und gesunde Mahlzeit am Tag bekommen.
Integration: Ganztagsschulen können den Bildungserfolg steigern und dafür sorgen, dass die Herkunft nicht zur Bürde wird. Das ist ihre Stärke. In der OGS können Deutschkenntnisse, die für weitere Lernerfolge wichtig sind, ausgeweitet werden. Das müssen wir stärken!
Unsere Ansätze haben wir im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Dortmund mit Rüdiger Weiß, der die SPD im Schulausschuss des Landtag vertritt und den Dortmunder Expertinnen, Karen Schubert-Wingenfeld (Bereichsleiterin für den Offenen Ganztag der PariSozial gGmbH), Alisa Löffler (schulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Dortmund) und Bianca Köppencastrop (Schulleiterin der Hansa-Grundschule) diskutiert. Auch hier kamen wir zu dem einstimmigen Urteil, dass es vor allem an verbindlichen Standards für die OGS fehlt.

Mieten sind die neuen Studiengebühren

Auch zum Start des aktuellen Wintersemesters ist das Wohnen für Studierende teurer geworden, Wohnraum knapper. Das liegt auch daran, dass die Landesregierung bei dem Thema schläft. Keine Mittel für die Sanierung oder den Neubau von Studierendenwohnheimen. Die Studierendenwerke und die Studierenden selbst werden von CDU und FDP im Stich gelassen.

Landtag richtet Kinderschutzkommission ein

Vor dem Hintergrund der Missbrauchsfälle in Lügde und den Enthüllungen um den Missbrauchsring in Bergisch-Gladbach hat der Landtag neben einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) nun auch fraktionsübergreifend die Einführung einer Kinderschutzkommission beschlossen. Soll der PUA in erster Linie aufklären, wieso diese schrecklichen Verbrechen geschehen konnten, wird die Kinderschutzkommission konkrete Maßnahmen erarbeiten, die verhindern sollen, dass solche Verbrechen jahrelang unbeobachtet bleiben.
Mit der Kinderschutzkommission wollen wir denen einen Raum geben, die noch keine Möglichkeit haben, sich für ihre Belange einzusetzen. Die Kommission soll konkrete Vorschläge zum

Schutz der Kinder erarbeiten. Wir müssen alles dafür tun, die körperliche Unversehrtheit der Kinder umfassend zu schützen, sie vor Verwahrlosung zu schützen und die Arbeit der Behörden und Institutionen so zu optimieren, dass sich die Geschehnisse der Vergangenheit nicht wiederholen.

Ruhrkonferenz: Kein großer Wurf

Bereits vor der Landtagswahl 2017 verkündete Armin Laschet, dass er das Ruhrgebiet stärken will. Seine Lösung: eine große Ruhrgebietskonferenz, die Ideen für den Strukturwandel erarbeitet. Es folgte ein riesiger und teurer Beratungs- und Beteiligungsprozess über alle Ressortgrenzen hinweg. Im Spätsommer verkündete die Landesregierung 75 Projektvorschläge, die daraus resultierten. Leider kein großer Wurf. Anstatt strukturelle Verbesserungen anzustreben, wie einen Altschuldenfonds, Investitionen in den Städtebau und die Verkehrsinfrastruktur, die Förderung von Schulen in benachteiligten Stadtteilen oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, verlieren sich die Vorschläge im Kleinklein. Die Landesregierung lässt 5 Millionen Menschen im Stich. Wir wollen ein starkes Ruhrgebiet! Die Menschen dort sind es wert!

Junge Menschen für Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung begeistern

Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung waren die Themen, zu denen ich unseren umwelt- und ernährungspolitischen Sprecher André Stinka nach Dortmund eingeladen habe. Mit ihm besuchte ich die Steinhammer-Grundschule in Marten und das Schulbiologische Zentrum im Rombergpark, die bei den Themen vorbildliche Arbeit leisten, die man stärken muss.
Die Steinhammer-Grundschule in Marten ist Schule mit Herz. Hier lernt und lebt man miteinander, füreinander, voneinander und durcheinander. In Marten leben viele Kinder in Armut, viele kamen oft ohne Frühstück zur Schule. Daher gibt es seit 10 Jahren das Schulfrühstück, das von engagierten Eltern und der Martener Caritas organisiert wird. Zugleich lernen die Kinder viel über gesunde Ernährung, was in vielen Familien zu kurz kommt.

Das vor drei Jahren rundum erneuerte Schulbiologische Zentrum unter der Leitung von Gudrun Weigt ist ein Highlight unter den außerschulischen Lernorten in Dortmund. Die Arbeit ist eingebettet in den Botanischen Garten Rombergpark und den Zoo Dortmund. Hier können Schüler*innen hautnah Umwelt und Natur entdecken und werden darin gestärkt, sich für eine nachhaltige Lebensweise und den Schutz unserer Umwelt einzusetzen.

Jochen Helle und Roland Wiesemann präsentierten André Stinka und mir im Anschluss die Streuobstwiese im Park, wo sie mit dem BUND Dortmund alte Apfelbäume pflegen, um sie für die Zukunft zu erhalten. Ein tolles Engagement, bei dem ich viel über Äpfel und den ökologischen Nutzen von Streuobstwiesen gelernt habe.

Zuhause in NRW – Mit Ibrahim Yetim auf Integrationstour

NRW ist ein Einwanderungsland. Viele Vereine, Organisationen und Unternehmen leben jeden Tag Vielfalt, Zusammenhalt und Integration, gerade in Dortmund. Mit dem integrationspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion haben Nadja Lüders und ich drei solcher Projekte in Dortmund besucht, um ihre Arbeit anzuerkennen, zu zeigen, wo eine offene und vielfältige Gesellschaft funktioniert und zu hören, welche Herausforderungen und Probleme bestehen.
Morgens besuchten wir das Lernzentrum des BVB-Fanprojekts im Signal-Iduna-Park (Westfalenstadion), das Bildungsangebote für Jugendliche anbietet, durch die Zivilcourage, Antirassismus und interkulturelle Fähigkeiten gestärkt werden. Mit dem Projekt "Meine Stadt. Mein Verein" setzt sich das Projekt dafür ein, dass für junge Geflüchtete Dortmund nicht nur Zufluchtsort, sondern auch neue Heimat wird, denn Fußball und der BVB verbindet Menschen aus der ganzen

Welt.
Danach ging es weiter zum Haus der Vielfalt, das Heimat von über 50 Dortmunder Migrantenvereinen, deren Mitglieder ihre Wurzeln in der ganzen Welt haben, ist. In diesem ehemaligen Schulgebäude im Unionviertel finden täglich kulturelle Angebote, Veranstaltungen, Kurse, Beratungs- und Bildungsangebote statt. Träger ist der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund (VMDO e.V.), der auch mit der Zeitung Echo Der Vielfalt regelmäßig über die Arbeit seiner Mitgliedsvereine und über Integrationspolitik berichtet.

Schließlich besuchten wir den Verein Africa Positive e.V. unter der Leitung der fabelhaften Veye Tatah. Der Verein will damit Schluss machen, dass Afrika in der deutschen Öffentlichkeit immer nur mit Armut, Krieg, Hunger und Elend in Verbindung gebracht wird. Seit 1998 veröffentlicht der Verein viermal im Jahr in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein richtig hochwertiges Magazin, in dem über das Leben von Afrikaner*innen in Deutschland und Afrika, über afrikanische Kultur, Politik, Wirtschaft und Persönlichkeiten berichtet wird.

VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben

Mein Abgeordnetenkollege Serdar Yüksel und ich sind Mitglied in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA) geworden. Warum? Weil sich die Genoss*innen gegen Rechtsextremismus und Faschismus stark machen. Weil sie gegen das Vergessen der Naziverbrechen kämpfen. Und weil diese vorbildliche Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit unterstützt werden muss. Im Sommer konnten wir erfolgreich verhindern, dass dem VVN-BdA Landesverband NRW vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Nun müssen wir beim Bundesverband genauso dafür kämpfen, denn das Finanzamt Berlin will diese auch streichen. Grund in beiden Fällen: Die Erwähnung des VVN-BDA im bayrischen Verfassungsschutzbericht. Da steht seit vielen Jahren allerdings nichts drin, das eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigt. Wir sagen daher: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Dortmund zeigt Kante gegen Rechts

Dass das Engagement des VVN-BdA gebraucht wird, zeigte auch dieser Herbst wieder. Der rechtsterroristische Anschlag in Halle, die Eröffnung des Nazi-Klamottenladens am Brüderweg und die wöchentlichen Demos der Dortmunder Nazis in der Nordstadt. Viele Menschen in Dortmund haben auf den zahlreichen Demonstrationen am Brüderweg, in der Nordstadt und durch die City gezeigt, dass Faschismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in unserer Stadt nichts verloren haben. Danke an alle, die in den letzten Monaten standhaft waren!

Frühschicht bei der EDG

Früh raus ging es für Nadja Lüders und mich. Wir hatten uns für ein Tagespraktikum bei der Entsorgung Dortmund (EDG) angemeldet. Seit Kurzem übernimmt die EDG neben der Reinigung von Straßen und Gehwegen auch die Grünpflege von Baumscheiben und Grünstreifen. Das schafft Synergien, da beide Arbeiten zeitgleich vom selben Trupp erledigt werden und mehr Zufriedenheit bei den Bürger*innen entsteht, da sowohl Wege als auch Grünflächen sauber sind. Nadja und ich waren sehr vom Zusammenhalt der Mitarbeiter*innen begeistert und wie hier Menschen eine Chance bekommen, die sie bei anderen Arbeitgeber*innen nicht erhalten. Dieses Vertrauen zahlen sie durch eine hohe Motivation zurück.

Knappschaft investiert in Krankenhausstandort Lütgendortmund

Moderne Krankenhäuser mit einer ausreichenden Zahl an kompetenten und motivierten Ärzt*innen und Pfleger*innen. Das ist das, was sich viele Patient*innen wünschen. Das Klinikum Westfalen hat sich auf diesen Weg gemacht. Dabei müssen Politik und Krankenhausträger einige Herausforderungen überwinden, über die ich mich bei einem Besuch im Knappschaftskrankenhaus Lütgendortmund informiert habe.

Friederike-Fliedner-Haus hilft psychisch Erkrankten zurück in den Alltag

Das Friederike-Fliedner-Haus der Diakonie in Dortmund-Hörde ist eine Reha-Einrichtung für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Einrichtung hilft Erkrankten sowohl ambulant als auch stationär einen Weg in ihren Alltag und ihren Beruf zurückzufinden. Über die Arbeit des Hauses habe ich mich bei einem Besuch informiert.

Guntram Schneider feierte rundes Parteijubiläum

Ganz besonders habe ich mich gefreut, mit meinem Abgeordnetenkollegen und Freund Serdar Yüksel unseren gemeinsamen Mentor und Freund Guntram Schneider für 50 Jahre in unserer Partei zu ehren. In Zeiten wie diesen ist es wichtig, an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung zu erinnern und mit einem Blick auf die Geschichte kritisch die aktuelle Entwicklung in unserer Gesellschaft zu hinterfragen.

Kinderhospiz Sonnenherz vor Baustart

Es ist bald soweit. Der Bau des Kinderhospizes Sonnenherz in Westrich kann starten. Die Baugenehmigung der Stadt Dortmund liegt vor. Dank einer großzügigen Spende durch die Deutsche Fernsehlotterie kommen wir unserem Ziel ein großes Stück näher. Denn das Kinderhospiz wird 4 Millionen Euro kosten. Viele Spenden und viel Unterstützung haben uns die Dortmunder*innen zu Teil werden lassen. Dafür haben wir uns mit einem Tag der Offenen Tür im Hospiz St. Elisabeth bei allen Unterstützer*innen bedankt. Jeder kann das Projekt unterstützen. Mit einer Spende oder einer Mitgliedschaft im Förderverein Kinderhospiz Sonnenherz.

Besuch im Landtag

Auch in den letzten Monaten hatte ich wieder Gäste aus dem Wahlkreis im Landtag zu Besuch. Das waren der Werkstattrat der Werkstätten der AWO Dortmund (WAD), Auszubildende des CJD-Berufsbildungswerks in Oespel, Vertreter*innen des Seniorenbeirats, Mitarbeiter*innen der AWO-Kita Heliosweg in Berghofen, Auszubildende der AWO Westliches Westfalen, Schüler*innen der Schule an der Froschlake in Marten und Mitarbeiter*innen und Kursteilnehmer*innen des Multikulturellen Forums. Diskutieren durfte ich auch mit Teilnehmer*innen der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kosovo. Ich hoffe, dass es Euch allen viel Spaß im Landtag gemacht hat und Ihr ein paar Einblicke in meine Arbeit bekommen habt.

Friedrich-Ebert-Stiftung Kosovo

WAD, CJD und Seniorenbeirat

AWO Westliches Westfalen

AWO-Kita Heliosweg

Multikulturelles Forum

Schule an der Froschlake

Wahlkreisbüro macht Weihnachtsferien

Ab dem 23.12.2019 ist mein Wahlkreisbüro in den Weihnachtsferien. Sie/Ihr erreichen/t uns erst ab dem 6. Januar wieder. Mein Team wünscht Ihnen/Euch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Was ich sonst noch so erlebt habe...

Weihnachtsfeier AWO-Ortsverein Kirchhörde- Kruckel - Löttringhausen

Infostand SPD-Ortsverein Lütgendortmund

Weihnachtsfeier AWO-Ortsverein Eving II

Pressekonferenz Vorstellung Paritätsgesetz

Benefizkonzert für die Ausbildung Geflüchteter der Schulband Jump der Gesamtschule Brünninghausen

Streikunterstützung bei Amazon in Werne

Jubilarehrung bei der NGG Dortmund

Aktion des Gleichstellungsbüros zum Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Podiumsdiskussion „Ein gelungener Ganztag“

Podiumsdiskussion „Ein gelungener Ganztag“

Spendenübergabe der Katholischen Gemeinde Heilige Familie Marten für das Kinderhospiz Sonnenherz

Flugblattverteilen in der Provinzialstraße in Lütgendortmund

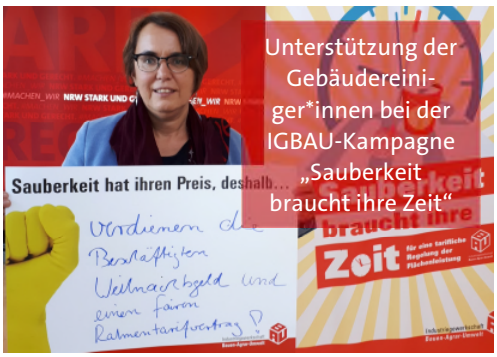
Im Schlemmermobil auf dem Familienfest der SPD Dortmund

Rede auf dem bundesweiten Aktionstag „Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!“ in Münster

Am Infostand der Aidshilfe NRW im Landtag

Besuch im Gartenverein Am Grünen Entenpoth

Diskussion mit russischen Germanistik-Studierenden bei der Summer School der Auslandsgesellschaft



Unterstützung der Gebäudereiniger*innen bei der IGBAU-Kampagne „Sauberkeit braucht ihre Zeit“